

MISSTRAUENSANTRAG

Gem. § 26 iVm § 55 GOG-NR

des Abgeordneten Christian Hafenecker, MA
und weiterer Abgeordneter

betreffend **Versagen des Vertrauens gegenüber der Bundesministerin für Frauen, Familie, Integration und Medien im Bundeskanzleramt**

eingebraucht in der 202. Sitzung des Nationalrates am 1. März 2023¹ im Zuge der Debatte zum dringlichen Antrag des Abgeordneten Christian Hafenecker, MA und weiterer Abgeordneter betreffend Nein zur ORF-Steuer!

Wie in dem freiheitlichen Entschließungsantrag betreffend „Nein zur ORF-Steuer!“ im Detail ausgeführt, stellt sich aus vielerlei Gründen die Frage, ob der ORF noch zu retten ist. Die Österreicherinnen und Österreicher haben diese Frage für sich laut einer aktuellen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Unique-research für die Zeitschrift Profil eindeutig beantwortet. Demnach lehnen es 58% der Bevölkerung ab, dass in Zukunft alle Haushalte – und nicht nur jene mit einem Empfangsgerät – für die ORF-Programme zahlen sollen. Nur 33% sprechen sich für das neue Finanzierungsmodell aus. Am größten ist der Widerstand unter FPÖ-Wählern, von denen 83% die Haushaltsabgabe ablehnen. Unter SPÖ-Wählern sprechen sich 52% gegen das neue System aus. Bei ÖVP-Wählern findet die Einführung einer Haushaltabgabe mit 58% hingegen eine Mehrheit.

Einstellung zur Haushaltsabgabe

Derzeit wird über die Finanzierung des ORF diskutiert. Statt der bisherigen GIS-Gebühr (für jeden Haushalt mit einem Empfangsgerät) soll eine Abgabe für jeden Haushalt (egal, ob Empfangsgerät oder nicht) in Österreich kommen. Findet die ORF-Haushaltsabgabe Ihre Zustimmung?

■ ja, absolut ■ eher ja ■ eher nein ■ nein absolut nicht ■ weiß nicht/k.A



Quelle: Unique Research; Auftraggeber: Profil; Methode: Online-Befragung; Zielgruppe: Österreichische Bevölkerung ab 16 Jahren; Stichprobengröße: 500 Befragte; Maximale Schwankungsbreite der Ergebnisse: +/- 4,4%; Feldarbeit: 20.2 - 23.2 2023

Quelle: <https://www.profil.at/oesterreich/umfrage-mehrheit-gegen-orf-haushaltsabgabe/402342123>

Vor dem Hintergrund dieser Zahlen erscheint es geradezu grotesk, wenn die Medienministerin einer Bundesregierung, die laut Umfragen hinter sich kaum ein Drittel der Wähler versammeln kann, nun dennoch eine ORF-Steuer bzw. ORF-Haushaltsabgabe einführen möchte. Auch ihr Appell an sich selbst, es bräuche eine „ORF-Rabatt für Österreich“ oder gar einen „Raab-Rabatt“, mag nicht darüber hinwegtäuschen, dass die türkis-grüne Bundesregierung zehn Monate vor dem Ende der Reformfrist nichts vorweisen kann. Statt sich tatsächlich um Einsparungen im ORF zu bemühen, liegt die Priorität wie gewohnt bei Selbstvermarktung und Inszenierung. Statt echte Lösungen zu finden, wird das 320 Millionen Euro Finanzloch im ORF mit Steuergeld behelfsmäßig zugeschüttet.

Im Ergebnis wird der ORF für die Österreicherinnen und Österreicher in Zeiten einer ungekannten Teuerung aber weder billiger, noch am Königberg auch nur im entferntesten an Einsparungen gedacht. 16,50 Euro soll die monatlich automatisch vom Gehalt eingezogene Haushaltsabgabe laut Medienberichten betragen. Das macht bei rund vier Millionen Haushalten 792 Millionen Euro pro Jahr – von Einsparungen kann daher gar keine Rede sein, ganz im Gegenteil. Der ORF darf sich damit über ein jährliches Plus von rund 130 Millionen Euro freuen.

Vor diesem Hintergrund stellen die unterfertigten Abgeordneten den folgenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Der Bundesministerin für Frauen, Familie, Integration und Medien im Bundeskanzleramt wird gemäß Art. 74 B-VG durch ausdrückliche Entschließung des Nationalrats das Vertrauen versagt.“